

Euro-Krisenmanagement

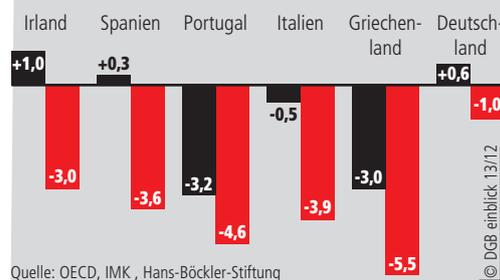
Ein Kurswechsel sieht anders aus

Maßnahmen für mehr Wachstum und Beschäftigung, zaghafte Lockerungen des Sparzwangs für die Krisenländer und eine schnellere und flexiblere Sanierung europäischer Banken: Der Euro-Gipfel Ende Juni in Brüssel hat erste Kurskorrekturen an der europäischen Krisenpolitik vorgenommen. Ein Kurswechsel ist das aus Sicht der Gewerkschaften noch nicht. „Der Europäische Rat bleibt weit hinter den notwendigen Maßnahmen zurück“, kritisiert Annelie Buntenbach, im DGB-Vorstand für Europapolitik zuständig.

Zudem zeige sich erneut: Das Europa der 27 ist in wesentlichen Fragen nicht mehr handlungsfähig und greift als Notlösung auf zwischenstaatliche Vereinbarungen zurück. „Das gefährdet mehr und mehr die Demokratie, weil das EU-Parlament (EP) außen vor bleibt“, so Buntenbach. Es sei ein Skandal, dass der EU-Rat das EP bei der Ausgestaltung der künftigen Wirtschafts- und Währungsunion nicht miteinbezieht. „Das ist genauso inakzeptabel wie die schlechte Information der nationalen Parlamente und die mit dem Fiskalpak verbundenen Eingriffe in das

Sparen kostet Wachstum

■ Veränderung der Wirtschaftsleistung, Prognose der OECD und ■ Auswirkung der Sparmaßnahmen auf die Wirtschaftsleistung, Berechnung des IMK (2012, Angaben in Prozent)



Die Gewerkschaften bleiben bei ihrer Kritik am Fiskalpaket: Der rigide Sparzwang gefährdet Wachstum und Beschäftigung und verschärft die Krise, statt sie zu lösen.

Königsrecht des Bundestages, die Haushaltskompetenz.“

„Es geht jetzt vor allem um die demokratische und soziale Stabilisierung der EU und der Mitgliedstaaten“, betont der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Die Handlungsfähigkeit des Sozialstaates müsse erhalten und gestärkt werden. Deshalb sei es wichtig, dass tatsächlich massiv in mehr Wachstum investiert werde. Ob das mit dem auf dem EU-Gipfel beschlossenen 130 Milliarden Euro schweren

Wachstumspakt gelingt, bezweifelt Claus Matecki, im DGB-Vorstand für Wirtschaftspolitik zuständig: Das Paket bestehe im Wesentlichen aus Luftbuchungen und werde der einbrechenden Konjunktur in Europa kaum helfen. Sollte der Fiskalpak kommen,

werde der erhöhte Spardruck die Wachstumsförderung „im Keim ersticken“. Matecki resümiert: „Die Beschlüsse retten Europa nicht. Es ist höchste Zeit für einen wirklich anderen Kurs in der Anti-Krisenpolitik. Wir brauchen sofort wirkungsvolle Instrumente, um die Zinsen auf Staatsanleihen dauerhaft zu senken. Das geht nur mit einer unbefristeten, umfänglichen Garantie der Staatsschulden durch die EZB.“

Auch wenn Bundestag und Bundesrat mit Zweidrittelmehrheit dem Fiskalpaket und dem dauerhaften Euro-Rettungsschirm ESM zugestimmt haben, ist noch nicht entschieden, ob Deutschland den Pakt ratifizieren wird. Bereits in der zweiten Juli-Woche beschäftigt sich das Bundesverfassungsgericht mit ersten Klagen dagegen. Trotz aller Kritik sei aber wichtig gewesen, sagt Michael Sommer, dass SPD und Bündnis 90/Die Grünen ihre Zustimmung an Bedingungen wie der Einführung einer Finanztransaktionssteuer geknüpft haben. Er fordert: „Die muss jetzt kommen, die Kanzlerin darf nicht einknicken.“

plusminusBERLIN

+ Brigitte Pothmer (MdB Bündnis90/Die Grünen) fordert eine Umschulungsgarantie für ehemalige Schlecker-Beschäftigte. Nach großspürigen Ankündigungen sei Arbeitsministerin von der Leyen verpflichtet, die Schlecker-Frauen zu unterstützen.

- Die Rentenkassen seien nicht dazu da, „Milliarden zu horten“, begründete FDP-Generalsekretär Patrick Döring den Willen der Regierung im kommenden Jahr die Rentenbeiträge von 19,6 auf 19 Prozent zu senken.

Seite 3

Mehr Perspektive

Viele Auszubildende im letzten Ausbildungsjahr wissen noch nicht, wie es nach der Abschlussprüfung weitergeht. Die Gewerkschaften machen Druck und kämpfen für Übernahmeregeln

Seite 5

Ungleiche Bedingungen

Der Bildungsbericht der Bundesregierung zeigt einmal mehr: In Deutschland gibt es zu wenig Unterstützung für Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Schichten

Seite 7

Vorreiter gesucht

Um in Sachen nachhaltige Entwicklung voranzukommen, braucht es Vorbilder. Das fordert DGB-Vorstand Dietmar Hexel in seiner Rio+20-Bilanz



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.dgb.de/ifu9
DGB-Infoportal zu einer Fachtagung von Friedrich-Ebert-Stiftung und DGB zum Thema Niedriglohnssektor mit aktuellen Fakten, Daten und Statements

Hintergrund

www.dgb.de/lfyW
Stellungnahmen, Statements und Informationen des DGB zum EU-Fiskalpaket

EU-Richtlinien

Beschäftigte zweiter Klasse

„Der Grundsatz der Gleichbehandlung bei den Arbeits- und Entlohnungsbedingungen muss auch für Saisonarbeitskräfte und konzernintern entsandte oder verliehene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gelten.“ Das hat DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach am 25. Juni anlässlich der Anhörung im Bundestags-Innenausschuss über EU-Richtlinienvorschläge zur konzerninternen Entsendung und zur Saisonarbeit gefordert. Erste würde es ermöglichen, dass multinationale Unternehmen MitarbeiterInnen aus Drittstaaten zu deutlich schlechteren Bedingungen in ihren EU-Niederlassungen arbeiten lassen können. Der Entwurf der Richtlinie stehe „in drastischem Widerspruch“ zum Diskriminierungsverbot der EU, kritisierte der IG BAU-Europarechtsexperte Frank

Schmidt-Hullmann als Sachverständiger im Ausschuss. „Die Betroffenen werden zu Beschäftigten zweiter Klasse“, so Hullmann. Gleichzeitig erhöhe sich der Druck auf die hiesigen Beschäftigten.

Nicht minder fatal würde die Saisonarbeitsrichtlinie wirken, sollte sie in der vorliegenden Fassung in Kraft treten. So könnten zum Beispiel auch Fast-Food-Ketten Saisonarbeitskräfte zu schlechteren Lohn- und Arbeitsbedingungen einsetzen – lediglich gesetzlich verankerte Mindeststandards sollen in beiden Richtlinien verbindlich sein. Während die SPD eine „sozial gerechte Gestaltung“ und die Grünen eine grundlegende Überarbeitung fordern, lehnt die Linke beide Richtlinien in Gänze ab. Dagegen ist von der Bundesregierung keine Kritik an den EU-Entwürfen zu vernehmen. „Die Bundesregierung fördert mit ihrer Position zu den Richtlinien Lohn- und Sozialdumping“, sagt Annelie Buntenbach. ●

www.einblick.dgb.de/hintergrund

EU-Kommission

Bessere Regeln für Praktika

Die Forderung des DGB, die Bedingungen für Praktika gesetzlich zu regeln, erhält jetzt Unterstützung aus Europa. Die EU-Kommission will einheitliche Qualitätsstandards festlegen. Vorab ließ die Kommission die Situation der Praktikanten in den Ländern prüfen. Das Ergebnis: In allen Mitgliedstaaten gehören geringe Bezahlung und eine schlechte soziale Absicherung zu den Problemen. Ebenso wird kritisiert, dass PraktikantInnen häufig regulär Beschäftigte ersetzen. Da die Kommission davon überzeugt ist, dass gute Praktika angesichts der in vielen Staaten hohen Jugendarbeitslosigkeit ein Weg in reguläre Beschäftigung sein können, sollen nun die Standards angehoben werden. ●

www.bit.ly/EUPraktika

Pflegereform

„Politische Irreführung“

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach hat das beschlossene Pflege-Neuausrichtungsgesetz scharf kritisiert: „Bundesgesundheitsminister Bahr ist allen Herausforderungen aus dem Weg gegangen und hat die Probleme auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben.“ Nach dem Gesetz gibt es monatlich fünf Euro Förderung vom Staat für eine private Pflegezusatzversicherung. Übrig bleibe mit der Fünf-Euro-Förderung ein ‚Pflege-Bahr‘, der seinen Platz im Kuriositätenkabinett der Zeitgeschichte finden dürfte. Der Reform-Begriff sei schon oft missbraucht worden, so Buntenbach. „Das Pflege-Neuausrichtungsgesetz hat allerdings die Chance, es auf Anhieb in die Top Ten der politischen Irreführung zu schaffen.“ ●

IMK

Konjunktur flaut ab

Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung hat seine Konjunkturprognose für 2012 und 2013 aktualisiert. Nach der kräftigen Exportnachfrage im ersten Quartal erhöhten die ForscherInnen ihre Wachstumsprognose für 2012 um 0,6 Prozent. Zu einer Stütze der deutschen Wirtschaft sei die Binnennachfrage geworden, sagt Gustav A. Horn, wissenschaftlicher

Direktor des IMK. Ursache sei die Trendwende bei den Einkommen. Die höheren Lohnabschlüsse führten zu mehr privatem Konsum. Für 2013 senkte das IMK seine Prognose hingegen um 0,3 Prozent. Durch den erwarteten leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Rezession im Euro-Raum sei für Deutschland eine Stagnation zu erwarten. Aufgrund seiner relativ guten wirtschaftlichen Stellung in Europa müsse Deutschland dennoch „die Rolle eines Wachstumsmotors im Euroraum“ übernehmen, so der IMK-Report. ●

www.bit.ly/IMK_Report

Bürgerbeteiligung

Mehr Mitsprache erwünscht

Bei Großprojekten sollte die Bürgerbeteiligung ausgebaut werden. Das war die übereinstimmende Meinung der Sachverständigen bei einer Anhörung im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Bundestag. Die SPD-Fraktion hatte einen Antrag eingebracht, der unter anderem eine Beteiligung schon vor der Eröffnung des Verfahrens fordert. Darüber hinaus will die SPD beschleunigte Planfeststellungsverfahren. Tilmann Heuser vom Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) erwartet nicht nur ein Mehr an Mitsprache, sondern vor allem auch eine „offene Bedarfs- und Alternativprüfung“. ●

Mietrechtsänderung

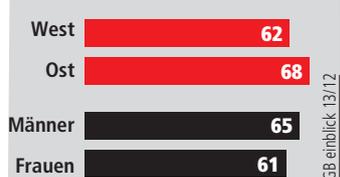
DGB kritisiert Schwarz-Gelb

Die Bundesregierung hat Ende Mai einen Entwurf zur Änderung des Mietrechts verabschiedet. Darin ist unter anderem vorgesehen: MieterInnen sollen künftig in den ersten drei Monaten, in denen Sanierungsmaßnahmen stattfinden, kein Recht auf Mietminderung haben, wenn ihre Wohnung energetisch saniert wird. „Trotz Baulärm, Schmutz und Einrüstung soll der Mieter den vollen Mietpreis zahlen“, kritisiert DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki. Dadurch werde der Abbau von Mieterrechten vorangetrieben. Angesichts von knapp 50 Millionen MieterInnen in Deutschland sei das eine Politik gegen die Interessen der Mehrheit.

Matecki fordert: „Statt am bewährten sozialen Mietrecht rumzudoktern, solle die Bundesregierung die Länder beim sozialen Wohnungsbau unterstützen, um steigende Mieten in Ballungszentren wirksam zu bekämpfen.“ Und er fügt an: „Klimaziele erreicht man nicht durch den Abbau von Mieterrechten, sondern durch massive Förderungen und Investitionen in den energetischen und altersgerechten Umbau des Wohnungsbestandes.“ ●

Beteiligung stärkt Vertrauen

Einfluss auf politische Entscheidung würde das Vertrauen in Politik stärken (in Prozent)



Quelle: Studie Forsa/SAS 2011

Die Politik könnte auf eine bessere Unterstützung der BürgerInnen zählen – wenn es mehr Mitsprache gäbe.

GEWERKSCHAFTEN

Übernahmesituation

Einsatz für mehr Perspektive

Eine Studie der DGB-Jugend zeigt: Trotz Klagen über den Fachkräftemangel haben viele Unternehmen scheinbar keine Nachwuchssorgen. Denn über die Hälfte der Auszubildenden im letzten Ausbildungsjahr hat noch keine Übernahmezusage. Doch die Gewerkschaften machen Druck.

Eine im März und April durchgeführte Befragung von rund 1400 Auszubildenden durch die DGB-Jugend liefert ein ernüchterndes Ergebnis: Ein Viertel der Azubis weiß, dass sie nach der Ausbildung nicht übernommen werden. Weitere 32

ein grundsätzliches Recht auf unbefristete Übernahme für Auszubildende festgeschrieben werden. Betriebsräte sind in Sachen Ausbildung und Übernahme gestärkt worden. Im Rahmen der Personalplanung beraten diese künftig mit den Arbeitgebern. Es gilt: Ist vor Beginn der Ausbildung der Bedarf festgelegt worden, haben die Azubis Anspruch auf unbefristete Übernahme. Der Zweite Vorsitzende der IG Metall Detlef Wetzels begrüßt den Tarifierfolg: „Mit der Vereinbarung für die gesamte Branche haben wir ein deutliches Zeichen gesetzt, um jungen Menschen eine planbare und faire Perspektive zu sichern.“

Auch ver.di hat für die rund 87 000 Auszubildenden im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen eine unbefristete Übernahme bei bedarfsgerechter Ausbildung durchgesetzt. Holm-Andreas Sieradzki, Jugendsekretär beim ver.di-Bundesvorstand und Mitglied in der Jugendtarifkommission für den öffentlichen Dienst, erklärt: „Zum ersten Mal haben wir so die unbefristete Übernahme für alle nach Bedarf Ausgebildeten tarifvertraglich festgeschrieben.“ Im Detail sieht die Regelung zunächst eine Übernahme für zwölf Monate vor. Erhält der oder die Auszubildende in dieser Zeit keine rechtmäßige Abmahnung, wird er oder sie in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen.

Die IG BCE-Jugend setzt auf der einen Seite auf sozialpartnerschaftliche Regelungen, beispielsweise in der chemischen Industrie, wo Arbeitgeber und IG BCE gemeinsam eine Übernahmeempfehlung ausgesprochen haben. Auf der anderen Seite will sie mit ihrer Kampagne „Unser Einsatz für deine

Übernahme“ betriebliche Akteure dazu anleiten, Lösungen im Betrieb zu finden. Der IG BCE-Bundesjugendsekretär Michael Panteleit kündigt an: „Darüber hinaus werden zukünftig unsere ‚Runden Tische für Ausbildungsfragen‘ zu regionalen Plattformen, um nicht übernommene Facharbeiter in andere Betriebe zu vermitteln.“

In der Nahrungsmittelindustrie hat die NGG ebenfalls tarifvertragliche Lösungen mit den Arbeitgebern ausgehandelt. So gibt es in der Brauereiwirtschaft, in der Brot- und Fleischwarenindustrie und in der Milchwirtschaft Flächentarifverträge, die die Übernahme regeln. Einige große Unternehmen haben Haustarifverträge mit der NGG abgeschlossen – beispielsweise Coca-Cola. Dort werden die Auszubildenden unbefristet übernommen. Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg kommentiert: „Die klugen Industrieunternehmen erfüllen unsere Forderung nach unbefristeter Übernahme der Auszubildenden, weil sie wissen, dass sie übermorgen keine qualifizierten Fachkräfte bekommen.“

Auch die IG BAU kämpft für ihre jungen Mitglieder. Das zeigt der aktuelle Tarifabschluss für die Steine-Erden-Industrie in Baden-Württemberg. Dort kann nun mit Betriebsvereinbarungen die Übernahme gestaltet werden. Zudem gibt es Haustarifverträge, wie etwa bei Xervon, einem Instandhaltungsunternehmen für Industrieanlagen. Der IG BAU-Bundesjugendsekretär Christian Beck betont, dass die IG BAU sich auch weiterhin für gute Übernahmechancen einsetzt, etwa aktuell bei den Tarifverhandlungen im Maler- und Lackierhandwerk. ●

Anhaltende Probleme

Der Ausbildungsstellenmarkt im Juni zeigt zwar positive Entwicklungen, doch die Situation bleibt für BewerberInnen weiterhin angespannt, warnt die DGB-Jugend.

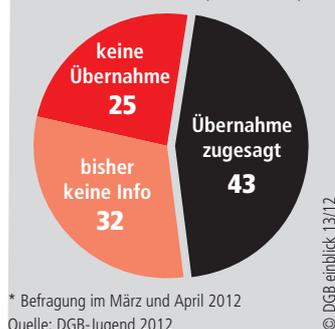
Die Zahlen für den Monat Juni der Bundesagentur für Arbeit (BA) zeigen: Noch immer suchen deutschlandweit 220 966 junge Menschen einen Ausbildungsplatz. Demgegenüber stehen 176 296 unbesetzte Stellen. Zudem zählt die BA 41 415 BewerberInnen als versorgt, obwohl sie ausdrücklich weiterhin einen Ausbildungsplatz suchen.

Die DGB-Jugend kritisiert, dass immer noch viele junge Menschen in das so genannte Übergangssystem vermittelt werden – im Jahr 2011 waren das rund 294 000. Die meisten von ihnen benötigen einen Ausbildungsplatz und keine Maßnahme, so die DGB-Jugend. Noch immer haben 1,5 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 29 Jahren keinen qualifizierten Berufsabschluss – das sind 17 Prozent der Altersgruppe.

Weitere Infos der DGB-Jugend zum Ausbildungsmarkt: www.bit.ly/dgjb_jugend_ausb

Über die Hälfte ohne Zusage

Angaben von Auszubildenden im letzten Ausbildungsjahr zur Übernahme-situation* (in Prozent)



Die Befragung der DGB Jugend zeigt: Viele Azubis wissen im letzten Ausbildungsjahr nicht, wie es weitergeht.

Prozent haben noch keine Information, ob sie nach der bestandenen Abschlussprüfung weiterbeschäftigt werden. Nur 43 Prozent der Befragten gaben an, übernommen zu werden. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock fordert: „Junge Menschen brauchen Perspektiven und die Chance auf einen gelungenen Übergang von der Ausbildung in eine reguläre und fair bezahlte Erwerbstätigkeit.“ Die unbefristete Übernahme der Auszubildenden wäre ein wichtiges Signal, dass die Unternehmen es mit der Fachkräftesicherung ernst meinen, betont Sehrbrock.

Die Gewerkschaften machen Druck, zum Beispiel die IG Metall. Mit dem Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie konnte

IGB

Gewerkschaftsrechte weltweit

Auch 2011 lebten GewerkschafterInnen überall auf der Welt gefährlich. Das ist das Fazit des jährlichen Berichts des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) über die Verletzungen von Gewerkschaftsrechten in 143 Ländern. Wer für seine Rechte eintritt, muss mit Entlassung und Verhaftung rechnen, oft ist das eigene Leben

in Gefahr. Besonders unsicher für GewerkschafterInnen ist weiterhin Kolumbien: Hier wurden 29 GewerkschafterInnen ermordet. Weltweit bezahlten 76 GewerkschafterInnen ihr Engagement mit ihrem Leben. Globale Trends wie die Missachtung von Arbeitsgesetzen sowie mangelnde Aufsichts- und Schutzsysteme haben sich auch im letzten Jahr fortgesetzt. WanderarbeiterInnen, weibliche Arbeitskräfte und Hausangestellte sind besonders von Ausbeutung betroffen.

Auch der aktuelle Bericht von Amnesty International zur weltweiten Lage der Menschenrechte (Fischer Verlag, 14,99 Euro) zeigt die Verfolgung von GewerkschafterInnen weltweit. So wurde im Tschad Boukar Barka, Generalsekretär des nationalen Gewerkschaftsbundes, mehrfach wegen angeblicher Veruntreuung und Provokation verhaftet, nachdem er und seine Gewerkschaft Beschäftigte einer Öl-Firma unterstützt hatten. • www.survey.ituc-csi.org
www.bit.ly/lai-report2012

ver.di-Jugend

Gegen rechte Presse

Gegen rechte Propaganda am Zeitungskiosk wehrt sich die ver.di-Jugend mit der Arbeitshilfe „Aktiv gegen extrem rechte Zeitungen“. Für sie ist es untragbar, dass extrem rechte Publikationen wie „Junge Freiheit“ und „National-Zeitung“ im Kiosk an der Ecke gekauft werden können. Die Arbeitshilfe klärt über diese Printmedien und ihre Funktion in der Szene auf. Sie kann als E-Book im Internet kostenlos heruntergeladen werden. Auf 23 Seiten wird Hintergrundwissen vermittelt. Dazu gibt es Handlungshinweise und Tipps für Aktionen vor Ort, zum Beispiel gegen die Verteilung von rechten Publikationen auf dem Schulhof. • www.bit.ly/verdi_ebook

Klimaschutz

Nachhaltiger Kongress

Alle reden von nachhaltigem Klimaschutz – beim Transformationskongress des DGB und seiner Partner wurde nicht nur darüber debattiert, Nachhaltigkeit wurde auch durch die finanzielle Kompensation der entstandenen Treibhausgasemissionen umgesetzt. Insgesamt verursachten An- und Abreise der

Teilnehmenden, Energieverbrauch am Tagungsort sowie Catering und Druckerzeugnisse etwa 72 Tonnen CO₂. Davon entfielen rund drei Viertel auf die An- und Abreise, die Druckerzeugnisse verursachten mit 0,1 Prozent den geringsten Anteil. Der Ausgleichsbetrag von insgesamt 1660 Euro ging an die Klima-Kollekte, die Klimaschutzprojekte wie Biogasanlagen und Solarlampen in Indien oder energieeffizientes Kochen in Südafrika fördert. • www.klima-kollekte.de

Ratgeber

Arbeitslos – was nun?

Wer zum ersten Mal arbeitslos wird, hat viele Fragen und Sorgen. Hilfe und Rat bietet die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen mit der Broschüre „Erste Hilfe bei (bevorstehender) Arbeitslosigkeit“. Was müssen ArbeitnehmerInnen beachten, wenn sie die Kündigung erhalten? Welche Rechte und Pflichten haben sie gegenüber der Bundesagentur für Arbeit? Der Ratgeber erklärt unter anderem, was es mit Zumutbarkeitsregeln und Sperrzeiten auf sich hat. Zudem gibt er Hilfestellung bei der Suche nach einem neuen Job. Die Broschüre kann im Internet für 1,80 Euro zzgl. Porto bestellt werden. • www.bit.ly/ratg_arbeitslos

DGB-Motivkarten

Vorurteile ausräumen

Im Rahmen der Euro- und Finanzkrise häufen sich – besonders in einigen deutschen Medien – die Klischees und Vorurteile über Griechenland. Damit will der DGB Berlin-Brandenburg mit Motivkarten aufräumen. „Es geht uns um Solidarität mit der griechischen Bevölkerung, die die meisten Opfer in dieser Krise bringen muss“, erklärt die Bezirksvorsitzende Doro Zinke. Die acht Karten setzen sich mit Sprüchen wie „Die Griechen zahlen keine Steuern“ oder „Die Griechen sind faul“ auseinander und entkräften sie. Es sei unverantwortlich, den schwarzen Peter den ArbeitnehmerInnen und sozial Schwachen zuzuschieben, sagt Doro Zinke. Vielmehr seien es die Superreichen in Griechenland, die Steuerflucht betrieben und in den letzten Jahren geschätzte 600 Milliarden Euro ins Ausland geschafft hätten. • www.berlin-brandenburg.dgb.de/lf6d

interregio

••• Im Rahmen des Projekts „Schreibend die Arbeits- und Lebenswelt erfahren“ von DGB-Jugend München und P.E.N. Zentrum Deutschland haben acht Schulklassen gemeinsam mit

für 10 Euro bei der DGB-Jugend München bestellt werden. www.dgb-jugend-muenchen.de

••• Der DGB Hessen-Thüringen sieht in der geplanten **Rekommunalisierung des Energieversorgers e.on-Mitte** einen wichtigen Schritt im Sinne der Energiewende. Der DGB-Bezirksvorsitzende Stefan Körzell erklärte, er sei „voll und ganz für die neue Dezentralisierung“. Der DGB habe stets kritisiert, dass die Energieversorgung durch die Privatisierung in den Händen von drei großen Unternehmen lag. Er rief die betroffenen Landkreise und Städte dazu auf, eine Mehrheitsbeteiligung an e.on-Mitte zu erwerben. Gleichzeitig müsse die zuständige Gewerkschaft ver.di in die Veränderungsprozesse eingebunden werden.

Betriebsrätetag 2012

Gute Praxis

Zum Deutschen Betriebsrätetag 2012 treffen sich am 24./25. Oktober zahlreiche Betriebsräte in Bonn, um sich über gute Praxis in der betrieblichen Mitbestimmung auszutauschen und Netzwerke zu bilden. Höhepunkt der Veranstaltung ist die Verleihung des Deutschen Betriebsräte-Preises 2012. • www.betriebsraetetag.de



AutorInnen Geschichten entwickelt und geschrieben. Die SchülerInnen von Berufs-, Haupt- und Förderschulen lernten, der Phantasie freien Lauf zu lassen und einen Text zu entwerfen. Das Ergebnis ist nun in Buchform erschienen. „Klasse Geschichten. Schüler und Schriftsteller schreiben gemeinsam eine Geschichte“ kann

Ungleiche Bedingungen

Das Bildungsniveau der Deutschen ist zwar gestiegen, doch immer noch gehören rund 20 Prozent der jungen Menschen zu den Bildungsverlierern.

„Von Chancengleichheit sind wir in Deutschland noch weit entfernt“, ist ein Kritikpunkt der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Ingrid Sehrbrock an der Bildungspolitik von Bund und Ländern. Im vierten Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2012“ stellt die wissenschaftliche Autorengruppe fest, dass noch immer fast 20 Prozent

300 000 Jugendlichen, die derzeit in den Warteschleifen hängen, haben nach dem Bildungsbericht fast 80 Prozent einen Schulabschluss, ein knappes Viertel sogar einen mittleren Abschluss. Für den DGB-Bildungsexperten Matthias Anbuhl heißt das, „diese jungen Menschen gehören nicht in Warteschleifen, sondern in eine vollqualifizieren-

„herkunftsbedingte Unterschiede“, wie die Expertengruppe feststellt. Im Bildungsbericht wird ange-mahnt, „die Angebote so zu gestalten, dass sie alle Eltern ansprechen und keine gegenteiligen Anreize schaffen, die frühe Bildung nicht zu nutzen“. Sehr deutlich wenden sich die WissenschaftlerInnen gegen das Betreuungsgeld. Ingrid Sehrbrock hofft, dass nun auch die Regierungskoalition einsieht, „dass sie mit dem Betreuungsgeld im politischen Abseits steht“. Die Mittel müssten in den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur und das benötigte Personal investiert werden.

Ein weiterer Punkt, der für den DGB noch immer unbefriedigend gelöst ist, bleibt die strikte Trennung zwischen beruflicher und akademischer Bildung. Der Anteil der StudienanfängerInnen mit dualer Ausbildung, aber ohne Abitur, lag im Jahr 2010 bei zwei Prozent. Auch die Autorengruppe des Bildungsberichts hält deshalb „die Neugestaltung der Schnittstelle Berufsausbildungs-/Hochschulsystem“ für „dringend geboten“. Nicht zuletzt ergebe sich dies aus der demografischen Entwicklung und den steigenden Wissensanforderungen in der Arbeit. Der DGB fordert, die berufsbegleitenden Studiengänge auszubauen. Als Anreiz für die Hochschulen, mehr Studienplätze für beruflich Qualifizierte anzubieten, könnte ein Bonussystem im Hochschulpakt festgeschrieben werden.

Bildung gibt es nicht kostenfrei. Zwar wurden die Etats in Bund und Ländern in den vergangenen Jahren kontinuierlich erhöht, doch die stolze Zahl von insgesamt 172,3 Milliarden Euro, die 2010 ausgegeben wurden, wird im Bildungsbericht relativiert. Die Summe sei letztlich durch das Zukunftsinvestitionsgesetz und andere Sonderprogramme erreicht worden. „Eine hinreichende Finanzierung des Bildungswesens muss auch über die Dauer der Sonderprogramme hinaus gesichert werden“, mahnen deshalb vorsorglich die WissenschaftlerInnen. •

Weiterbildung stagniert

Trotz aller politischen Sonntagsreden und Forderungen sind die Zahlen für die Beteiligung an Weiterbildungsmaßnahmen rückläufig oder stagnieren, stellt die Autorengruppe des Bildungsberichts fest. Dabei bleiben vor allem die Trends der vergangenen Jahre konstant: Erwerbstätige nehmen weit-aus häufiger an Weiterbildungsmaßnahmen teil als Nichterwerbstätige; AkademikerInnen nutzen die Angebote doppelt so oft wie ArbeitnehmerInnen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen.

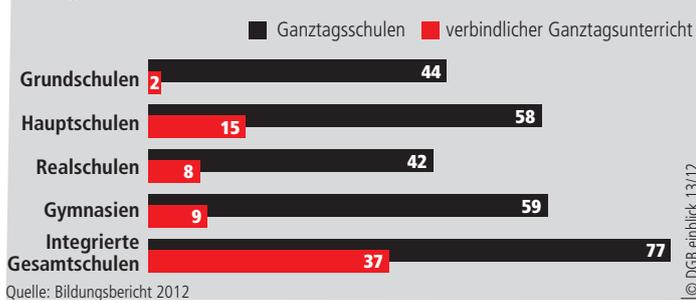
Kritisch sehen die WissenschaftlerInnen zudem, dass vor allem Ältere in der betrieblichen Weiterbildung nach wie vor unterrepräsentiert sind. Auch wer sich unabhängig von seinem Arbeitgeber weiterbilden will, hat kaum Chancen. Laut Bildungsbericht gibt es auch auf dem freien Markt „noch relativ selten Maßnahmen“ für die Älteren. Die Autorengruppe bezweifelt, ob eine alternde Gesellschaft, deren Existenzgrundlage „von einer sich beschleunigenden Wissensdynamik geprägt“ sei, sich weiterhin eine Weiterbildung auf dem bisherigen Niveau leisten könne.

Der Bildungsbericht erscheint seit 2006 alle zwei Jahre. Er wird von der Kultusministerkonferenz der Länder und dem Bundesbildungsministerium finanziert.

www.bildungsbericht.de

Mehr Ganztagsunterricht

Anteil der Ganztagschulen nach Schularten, davon Schulen, die den Ganztagsunterricht verbindlich anbieten, Stand: 2010 (in Prozent)



Ein quantitativer Ausbau von verbindlichen Ganztagsangeboten wäre notwendig, heißt es im Bildungsbericht. Denn trotz eines größeren Angebots ist die Teilnahme überwiegend freiwillig. Mit einem verbindlichen Ganztagsunterricht würden gerade Kinder aus sozial schwachen Familien erreicht, stellen die WissenschaftlerInnen fest.

der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss die Schule verlassen oder ihre Ausbildung abbrechen. Sie gehören nach den Kriterien des PISA-Tests zu den RisikoschülerInnen. Für den DGB wäre eine der entscheidenden Maßnahmen, das Angebot an Ganztagschulen zu erhöhen. Derzeit bietet gut die Hälfte aller Schulen einen Ganztagsbetrieb. Die Teilnahme ist aber überwiegend freiwillig. Die AutorInnen betonen jedoch, „insbesondere bei der verbindlichen Form der Ganztagschule kann sie mit ihren ergänzenden Angeboten zum Ausgleich sozialer Unterschiede beitragen“.

Doch auch ein Schulabschluss garantiert noch keinen Ausbildungsvertrag. Von den rund

de Berufsausbildung“. Die Zahlen belegen die negative Entwicklung. Während in der Altersgruppe der 30- bis 35-Jährigen fast 18 Prozent keinen Berufsabschluss haben, liegt dieser Anteil bei den 60- bis 65-Jährigen um sechs Prozentpunkte niedriger.

Gute schulische Leistungen hängen aber auch von der frühkindlichen Bildung ab. Die Bildungs- und Betreuungsquote der Kinder unter drei Jahren lag 2011 bei 25 Prozent. Von den Kindern im Alter von drei bis fünf Jahren besuchen 94 Prozent eine entsprechende Einrichtung. Doch trotz der steigenden Zahlen – und dem ab 2013 geltenden Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für die Ein- bis Zweijährigen – gibt es noch immer

kurz & bündig



Die GdP fordert den sofortigen Abzug deutscher Bundespolitizisten aus Saudi-Arabien. Ihre Aufgabenbeschreibung sei unklar, die politische und wirtschaftliche Interessenlage undurchsichtig, so Bernhard Witthaut, GdP-Bundesvorsitzender.



Die GEW sieht große Defizite in der kulturell-musischen und ästhetischen Bildung an den Schulen. Eine Online-Befragung unter 3500 GEW-Mitgliedern zeigt: Es fehlten vielfach ausgebildete Lehrkräfte, geeignete Räume und gute Ausstattung.

Anti-Stress-Verordnung

Belastungen verringern

Die Zunahme psychischer Belastungen in der Arbeitswelt ist für Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, eine „tickende gesellschaftliche Zeitbombe“. Um diese zu entschärfen, hat die IG Metall gemeinsam mit Experten aus Wissenschaft und Praxis eine Anti-Stress-Verordnung erarbeitet. Ziel ist es, Belastungsfaktoren für Beschäftigte zu verringern. Dazu wurden konkrete Maßnahmen in den Bereichen Arbeitsaufgaben und -organisation, soziale Beziehungen, Arbeitsplatz- und Umgebungsbedingungen sowie Arbeitszeit entwickelt. Die zentrale Forderung lautet: Die rechtlichen Rahmenbedingungen müssen an

die neuen Herausforderungen der Arbeitswelt angepasst werden. Eine verbindliche gesetzliche Regelung für alle Branchen und Beschäftigten sei unverzichtbar, so Urban. Die von der IG Metall vorgeschlagene Verordnung könnte das Bundesarbeitsministerium als Ergänzung zum Arbeitsschutzgesetz erlassen. •

www.bit.ly/Verordnung

IndustriALL

Internationale Zusammenarbeit

Vier Wochen nach der Gründung der europaweit agierenden IndustriALL Europe (*einblick 10/12*) haben sich die Industriegewerkschaften im Juni auch auf internationaler Ebene zu IndustriALL zusammengeschlossen. Die neue

globale Gewerkschaftsföderation vertritt 50 Millionen Beschäftigte aus 140 Ländern. Der Erste Vorsitzende der IG Metall Berthold Huber wurde zum Präsidenten der Global Union gewählt (siehe Seite 8). Er will „mit aller Kraft“ gegen Regierungen und Konzerne vorgehen, die Gewerkschaftsrechte missachten: „Wir müssen so etwas wie Amnesty International für verfolgte Gewerkschafter werden“, betonte er nach seiner Wahl. Zu dem globalen Zusammenschluss gehören die Mitgliedsorganisationen des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IMB), der Internationalen Föderation der Chemie-, Energie-, Bergbau- und Fabrikarbeitergewerkschaften (ICEM) sowie der Internationalen Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter-Vereinigung (ITBLAV). •

www.industrial-union.org

NGG-Offensive

Arbeitsfähigkeit erhalten

Mit der Offensive „Faire Arbeit. Gutes Leben“ will die NGG den demografischen Wandel in der Ernährungswirtschaft mit ihren rund 520 000 Beschäftigten gestalten. In weiten Teilen der Branche gebe

es Arbeitsbedingungen, die es den über 50-Jährigen wie den Jüngeren unmöglich machten, „das reguläre Renteneintrittsalter zu erreichen“, betont der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg. Gemeinsam mit den Betriebsräten sollen die Arbeitsbedingungen so verbessert werden, dass Arbeitsfähigkeit, Gesundheit, Kompetenz und Motivation erhalten und gestärkt werden. •

ver.di-Projekt

Alternsgerecht arbeiten

Der demografische Wandel stellt die Dienstleistungsbranche vor große Herausforderungen. Im Rahmen des Demografie- und Tarifprojekts des Bundesarbeitsministeriums „Alternsgerecht Arbeiten“, an dem ver.di teilnimmt, sollen bis 2014 betriebliche Modelle und eine nachhaltige Tarifpolitik entwickelt werden. Stefanie Nutzenberger, Mitglied im ver.di-Bundesvorstand und zuständig für den Handel, erhofft sich verbind-

liche tarifliche Rahmenregelungen für die Dienstleistungsbranchen. In dem Projekt „ZusammenWachsen, ArbeitGestalten“ erarbeiten Gewerkschaften, Arbeitgeber und Politik erstmals gemeinsam Lösungen für die Bereiche Handel, Pflege, Sozial- und Erziehungsdienst, ÖPNV und Straßenmeiereien. Nutzenberger: „Wir brauchen Gute Arbeit vom Berufseinstieg bis zur Rente.“ Dazu gehörten neben der Wertschätzung der Kompetenzen älterer Beschäftigter auch Übernahmegarantien für Auszubildende, um jungen Menschen eine Perspektive zu bieten. •

www.zusammenwachsen-arbeitgestalten.de

Anzeige

JEDE MINUTE STIRBT EIN MENSCH DURCH WAFFENGEWALT

Setzen Sie ein Zeichen, damit sich die Bundesregierung für strikte Kontrollen des weltweiten Waffenhandels stark macht.

Ihre Stimme rettet Leben.
www.amnesty.de/haendehoch

HÄNDE HOCH FÜR WAFFENKONTROLLE
AMNESTY INTERNATIONAL



Julia Franz und Michael Brauchli

UN-Umweltgipfel Rio+20

Wir brauchen Vorreiter

Auch wenn aus seiner Sicht die Bilanz von Rio+20 eher dürrig ist, sieht DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel Ansatzpunkte, um eine nachhaltige Entwicklung voranzubringen.

Das Ergebnis von Rio 20+ ist ernüchternd und für viele auch enttäuschend. Die globale Staatengemeinschaft hat keine neuen Lösungen für ihre ungelösten Allokations- und Verteilungsprobleme gefunden. Zwar wurden Prozesse vereinbart, diesen mangelt es aber an verbindlichen Zielen und vielfach auch an Zeitvorgaben. Zudem wird die Zivilgesellschaft – insbesondere die Gewerkschaften – nur ungenügend in diese Prozesse einbezogen.

Im Gegensatz zum ersten Rio-Gipfel vor 20 Jahren war diesmal von Aufbruchstimmung nichts zu spüren. Der berühmte „Geist von Rio“, der damals mit der Agenda 21 auch in Deutschland bis zur kommunalen Ebene zahlreiche Aktivitäten auslöste, ist den Mühen der Ebene gewichen. **Die Kooperations- und Kompromissbereitschaft der Staaten hat eher ab- als zugenommen.** Zu unterschiedlich sind die Eigeninteressen der 194 Staaten. In vielen gibt es weder Gewerkschaften noch werden sie demokratisch regiert. Nachvollziehbar ist, dass alle ihren Wohlstand steigern oder zumindest halten wollen. Dabei könnte eine nachhaltige Entwicklung Wohlstand und Lebensqualität der Menschen in allen Ländern erhöhen. Dieser Gedanke wurde aber nur ansatzweise anerkannt. Ein gemeinsames Vorgehen wird auch dadurch erschwert, dass sich einzelne, wichtige Länder, als „Freifahrer“ nicht an bereits beschlossene Regeln, etwa zum Emissionshandel oder zur Beschränkung der Fischerei und der Waldrodung, halten. Immerhin: Einig war man sich in Rio, dass „Green Economy“ wesentlich ist, um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen.

Rio hat gezeigt: **Um in Sachen Nachhaltigkeit voranzukommen, brauchen wir Vorreiter, Vorbilder und Allianzen.** Emissionshandel und Energiewende können solche Vorbilder sein. Allianzen können durch Technologietransfer gefördert werden, der an Bedingungen geknüpft ist. Deutschland und Europa müssen mit anderen Ländern gemeinsam eine Gruppe bilden, die bereit ist, für eine erfolgreiche internationale Kooperation auf unmittelbare Vorteile zu verzichten, ohne dass die eigene Wettbewerbsfähigkeit leidet. Die deutsche Energiewende ist es als Beispiel guter Praxis wert, dass auch Bundeskanzlerin Angela Merkel dafür international Werbung macht. Doch anders als Frankreichs Präsident François Hollande war der Kanzle-

rin der kurze Weg vom G20-Treffen in Mexiko zum Rio-Gipfel in Brasilien zu weit.

Deutschland hat die Chance, zu zeigen, dass Nachhaltigkeit ohne Atomstrom und mit immer weniger fossilen Energien funktioniert. Bedingungen dafür sind – neben einem guten Management der Energiewende – gute Arbeitsverhältnisse und tarifliche Absicherungen für die Beschäftigten, in Deutschland und weltweit. Denn Nachhaltigkeit ist nicht automatisch grün – und grün ist nicht automatisch gut. **Ohne sozialen Fortschritt wird die Welt nicht besser.** Hierzulande kommt es nun darauf an, die Chancen der Energiewende zu nutzen. Gewerkschaften, Umweltverbände und auch der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) sprachen sich in Rio nachdrücklich für diesen Weg aus.

Ermutigend war in Rio, wie viele Wirtschaftsvertreter für neue Technologien und nachhaltige Produkte warben. Rio+20 hat sich zumindest wegen der zahlreiche Gespräche am Rande des Kongresses gelohnt – und den neuen Vernetzungen, die dabei entstanden sind. **Dass die Welt sich real weiter bewegt, wenn alle Gutwilligen handeln, stimmt mich optimistisch** – auch wenn die Entscheider noch zögern, dies durch klare Regeln zu unterstützen.

Ein positives Zeichen ist auch die geplante Aufwertung der Umweltbehörde UNEP auf das Niveau internationaler Einrichtungen wie der Welthandelsorganisation WTO oder der Internationalen Arbeitsorganisation ILO. Bisher wurden Vorschläge von UNEP zu Umwelt- und Klimaschutz oft durch das Veto übergeordneter Institutionen zunichte gemacht. Das wird schwieriger, wenn künftig auf gleicher Augenhöhe verhandelt wird.

In der Abschlusserklärung von Rio+20 heißt es, gute Arbeitsbedingungen, Gewerkschaften und vernünftig bezahlte Arbeitsplätze seien für die Entwicklung einer nachhaltig grünen Ökonomie unverzichtbar. Das ist durchaus ein Erfolg, auch wenn es an verbindlichen Zielen fehlt. Damit wird erstmals anerkannt, **dass globaler Umweltschutz und soziale Entwicklung nur gemeinsam verwirklicht werden können.** ●



Foto: DGB

Dietmar Hexel, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesarbeitsrates, hat als Mitglied der deutschen Delegation an der UN-Konferenz zur nachhaltigen Entwicklung in Rio teilgenommen.

Zu unverbindlich

Vom 20. bis 22. Juni trafen sich VertreterInnen von 194 Staaten und der Zivilgesellschaft in Rio de Janeiro zur UN-Konferenz über nachhaltige Entwicklung, kurz Rio+20 genannt. Die TeilnehmerInnen der Konferenz bekennen sich in der Abschlusserklärung zu nachhaltigem Wirtschaften und zur Green Economy. Sie formulieren gemeinsame Ziele im Kampf gegen Hunger, Armut, Bodenerosion und Klimawandel und bekräftigen noch einmal die Millenniumsziele für das Jahr 2015 sowie die Ergebnisse vorangegangener Umweltgipfel.

Die Abschlusserklärung enthält keine verbindlichen Verabredungen für die Umsetzung der erklärten Ziele – viele Nichtregierungsorganisationen und VertreterInnen der Zivilgesellschaft haben die Konferenz deshalb für gescheitert erklärt.

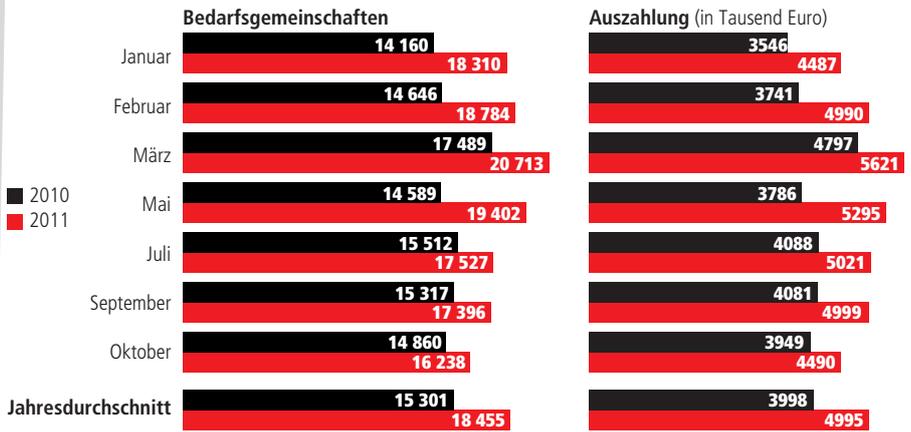
Rio+20 war die vierte große UN-Konferenz im Bereich Umwelt und nachhaltige Entwicklung. Auf der UN-Umweltkonferenz 1972 in Stockholm wurde das Umweltprogramm der Vereinten Nationen auf den Weg gebracht. 1992 wurde in Rio de Janeiro die Agenda 21 verabschiedet. 2002 fand in Johannesburg der Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung statt.

Die Abschlusserklärung von Rio+20:
www.bit.ly/rio2012_abschluss

HARTZ-IV-BEZIEHERINNEN: Immer mehr Notfallkredite

Aktuelle Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA) zeigen: Immer mehr Hartz-IV-BezieherInnen sind auf zinslose Notfallkredite der BA angewiesen, weil sie beispielsweise die Reparatur der Waschmaschine nicht mehr bezahlen können. DGB-Vorstand Annelie Buntenbach kritisiert: „Die Zunahme ist ein starkes Indiz dafür, dass die Regelsätze nicht für das Lebensnotwendige ausreichen.“ Sie fordert, die Regelsätze endlich auf ein bedarfsgerechtes Existenzminimum anzuheben und Einmalbeihilfen wieder einzuführen.

Bedarfsgemeinschaften, die ein zinsloses Darlehen der Bundesagentur für Arbeit (BA) in Anspruch genommen haben sowie die Auszahlung insgesamt (in Tausend Euro)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2012

© DGB einblick 13/12

49 TAGE

- 10.7.** DGB Nordbaden, Bildungsfahrt „Gewerkschafter on Tour – Wir fordern fair statt prekär!“, Mannheim, Pforzheim, Karlsruhe
- 16.-20.7.** ver.di-Institut für Bildung, Medien und Kunst (IMK), ver.di-Bezirk Bielefeld/Paderborn, Seminar „Macht die Armut vor der Uni halt?“, Paderborn
- 19.7.** DGB Ostsachsen, Workshop „Vergabegesetz“, Görlitz
- 20.7.** Nationaler Gedenktag an den Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft
- 21.7.** DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, Politisches Sommerfest, Hannover

- 2.8.** Gedenktag an die von den Nationalsozialisten ermordeten Sinti und Roma
- 12.8.** Internationaler Tag der Jugend
- 12.-16.8.** DGB-Jugend Thüringen, Gedenkstättenfahrt nach Auschwitz
- 12.-17.8.** DGB-Jugend, Projekttag „Demokratie und Mitbestimmung“, Hattingen
- 27.8.** DGB NRW, Hans-Böckler-Stiftung, Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE, Fachtagung „Arbeit in der energieintensiven Industrie: Mitbestimmung als ökologischer Fortschrittsmotor“, Witten

personalien

••• **Berthold Huber**, 62, Erster Vorsitzender der IG Metall, ist zum Präsidenten des neu gegründeten Dachverbands der internationalen Industriegewerkschaften „Indus-

triALL – Global Union“ (s. Seite 6) gewählt worden. Generalsekretär wird der finnische Gewerkschafter **Jyrki Raina**, 52, seit 2009 Generalsekretär des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IMB).

Tipp

Buch: Jürgen Eckl, Norbert von Hofmann: Kooperation mit Gewerkschaften und Förderung von Wirtschafts- und Sozialentwicklung. Verlag J.H.W. Dietz, 312 Seiten, 26 Euro

Die internationale Zusammenarbeit mit Gewerkschaften gehört zu den Grundlagen der internationalen Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Anschaulich und detailliert beschreiben Jürgen Eckl, langjähriger Internationaler Sekretär beim DGB-Bundesvorstand, und Norbert von Hofmann, von 1968 bis 2005 Mitarbeiter der FES, die internationale Gewerkschaftsarbeit der FES. Dabei zeigt das lesenswerte Buch Abhängigkeiten und Beziehungen zwischen der internationalen Politik der Gewerkschaften und der Auslandsarbeit der Stiftung.

Schlusspunkt.

„Der Fisch stinkt vom Kopf her, weiß der Volksmund. Doch mit Blick auf den Verfassungsschutz in diesem Land drängt sich allmählich der Eindruck auf, es ist der ganze Körper, der übel riecht. Der Kopf ist nun ab ...“

Kommentar von Steffen Hebestreit zum Rücktritt von Verfassungsschutzpräsident Heinz Fromm in der „Frankfurter Rundschau“ vom 3. Juli 2012

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantwortl.), Sebastian Henneke, Lena Clausen **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma, Tonio Pougin **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.) Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor. **Der nächste einblick erscheint am 27. August 2012**

Behindertenparkplatz**Nur für außergewöhnlich Gehbehinderte**

Personen, die beim Ein- und Aussteigen aus dem PKW eine weit geöffnete Wagentür benötigen, sind nicht außergewöhnlich gehbehindert (Merkzeichen „aG“) und daher nicht berechtigt, einen Behindertenparkplatz zu benutzen.

Der Fall: Bei einer Frau wurde ein Grad der Behinderung von 80 festgestellt, im Wesentlichen wegen einer künstlichen Harnableitung sowie Schmerzen an der Wirbelsäule mit Lähmungen des Hüftbeugers. Sie wollte die Anerkennung als außergewöhnlich gehbehindert, um so einen Behindertenparkplatz nutzen zu dürfen. Sie begründete ihren Antrag damit, dass sie zum Aussteigen aus dem PKW eine weit geöffnete Wagentür benötige. Mit ihrer Klage hatte sie keinen Erfolg.

Das Sozialgericht: Die Notwendigkeit einer weit geöffneten Wagentür beim Aussteigen rechtfertigt allein die Zuerkennung des Merkzeichens „aG“ nicht. Die Parkerleichterungen verfolgen den Zweck, möglichst kurze Gehstrecken vom Parkplatz zum Ziel zu ermöglichen. Bei einer Erstreckung des Merkzeichens auf Personen, die Schwierigkeiten beim Ein- und Aussteigen haben – wie viele Menschen mit Wirbelsäulenproblemen und Übergewicht –, würde sich die Chance für schwerst Gehbehinderte drastisch verringern, einen günstig gelegenen Parkplatz zu erhalten.

*Sozialgericht Mainz,
Urteil vom 7. Mai 2012 - 13 SB 486/10*

Fristlose Kündigung**Strafverfahren muss offenbart werden**

Einem Chefarzt kann fristlos gekündigt werden, wenn er bei seiner Einstellung eine falsche Erklärung zu Vorstrafen und laufenden Ermittlungsverfahren macht.

Der Fall: Der Facharzt wurde als Chefarzt zur Leitung der Abteilung Gynäkologie und Geburtshilfe in einer Klinik eingestellt. Davor unterzeichnete er folgende Erklärung: „Ich erkläre, dass ich über die vorstehenden Angaben hinaus nicht gerichtlich bestraft oder disziplinarisch belangt worden bin. Außerdem erkläre ich, dass gegen mich kein (weiteres) Strafverfahren, Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft oder Disziplinarverfahren anhängig ist. Ich verpflichte mich, von jedem gegen mich eingeleiteten Straf- oder Ermittlungsverfahren und jeder gerichtlichen Verurteilung Mitteilung zu machen.“ Gegen den Arzt war jedoch schon 2002 eine Strafanzeige wegen fahrlässiger Tötung eines Neugeborenen erhoben worden, als er in einer anderen Klinik arbeitete. Nachdem der Arzt von einem Zivilgericht zu 15.000 € Schmerzensgeld verurteilt worden war, verurteilte ihn im August 2010 auch das Amtsgericht wegen fahrlässiger Tötung. Die Arbeitgeberin erfuhr davon Ende August 2010 und kündigte ihm fristlos. Die dagegen erhobene Klage hatte keinen Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Der Arzt hat es trotz eindeutiger Verpflichtung unterlassen, die Arbeitgeberin über Strafverfahren in Kenntnis zu setzen. Als Chefarzt musste er erkennen, welch hohen Stellenwert die Arbeitgeberin dem guten Leumund ihrer Beschäftigten beimisst. Den Einwendungen des Arztes, es habe sich um eine „alte Angelegenheit“ gehandelt, kann man nicht folgen. Die Position eines Chefarztes hat eine herausragende Bedeutung für den Ruf der Kliniken. Deshalb hatte die Arbeitgeberin ein Interesse daran, sich sofort von diesem Mitarbeiter zu trennen.

*Hessisches Landesarbeitsgericht,
Urteil vom 5. Dezember 2011 - 7 Sa 524/11*

Gesetzliche Unfallversicherung**Uni-Meisterschaften auch geschützt**

Nimmt ein Student für seine Universität an einer Hochschulmeisterschaft teil, unterliegt er dabei dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung. Hochschulmeisterschaften sind nicht mit Betriebs-sport vergleichbar; denn der Hochschulsport ist im Hochschulgesetz gesetzlich verankert und sieht auch die Ausrichtung von Wettkämpfen vor.

*Sozialgericht Mainz,
Urteil vom 27. Januar 2012 - S 10 U 239/09*

Fahrtenbuch**Eintragungen müssen vollständig sein**

Ein ordnungsgemäßes Fahrtenbuch muss insbesondere das Datum und Angaben zu Ausgangs- und Endpunkt der jeweiligen Fahrten ausweisen. Diese Anforderungen werden nicht erfüllt, wenn als Fahrtziele jeweils nur Straßennamen angegeben sind, auch wenn diese Angaben anhand nachträglich erstellter Auflistungen präzisiert werden.

*Bundesfinanzhof,
Urteil vom 1. März 2012 - VI R 33/10*

Urlaubsanspruch**Abgeltung nicht an enge Frist gebunden**

Kann der Urlaub ganz oder teilweise nicht als Freizeit genommen werden, weil das Arbeitsverhältnis geendet hat, so ist er abzugelten. Für die Bezahlung der fehlenden Urlaubstage ist der Arbeitnehmer nicht an die Fristen gebunden, die für die Urlaubsübertragung gelten. Er muss also nicht die Abgeltung bis spätestens Ende März des Folgejahres verlangen.

*Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 19. Juni 2012 - 9 AZR 652/10*

Schadensersatz wegen Diskriminierung**Nur zwei Monate zur Geltendmachung**

Will ein Arbeitnehmer geltend machen, er sei diskriminiert worden, und beruft er sich auf das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, so muss er für alle Ansprüche auf Schadensersatz die Zweimonatsfrist des Gesetzes beachten. Wird eine Bewerbung abgelehnt, so beginnt die Frist in dem Moment, in dem der Bewerber von der Benachteiligung Kenntnis erlangt hat.

*Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 21. Juni 2012 - 8 AZR 188/11 -*

Behindertenparkplatz**Parkverbot ist streng zu beachten**

Parkt ein Kraftfahrer verbotswidrig auf einem von mehreren öffentlichen Behindertenparkplätzen, kann er auch dann abgeschleppt werden, wenn die anderen Behindertenparkplätze unbesetzt sind. Behinderten Personen vorbehaltenes Parkraum muss unbedingt und ungeschmälert zur Verfügung stehen.

*Verwaltungsgericht Neustadt,
Urteil vom 13. September 2011 - 5 K 369/11. NW*